

Erlassung dieses Gesetzes eintreten, nach demselben zu beurtheilen sind.

Staatsminister v. Zeßschwitz: Es würde vielleicht nicht gegen die Ansicht der Deputation sein, wenn diese Bestimmung in das Gesetz selbst mit aufgenommen würde, u. es ist dies um so mehr zu wünschen, als die letzte Paragraphe des Gesetzes sonst allerdings zu einer Mißdeutung Anlaß geben könnte und es zu wünschen ist, daß ein Gesetz so deutlich als möglich gefaßt werde.

Präsident: Die Deputation macht dies wohl zur ihrer Ansicht? (Stillschweigend bejaht man es.) Ich würde die Kammer zu fragen haben: Ob sie sich auch damit vereinige? Wird allgemein bejaht, und §. 9. selbst einstimmig genehmigt.

Secretair Harß erklärt sich bereit, eine dieser so eben genehmigten Bestimmung entsprechende Fassung in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Präsident: Die Deputation hat ferner dem Antrag gestellt: die vorgetragene Erklärung (s. oben S. 3207. Sp. 1. Z. 10. v. u.) in das Protokoll niederzulegen, und ich frage die Kammer: Ob sie damit einverstanden sei, daß diese Erklärung zu Protokoll genommen werde? Wird einstimmig bejaht.

Die §. 10. (s. Nr. 253. d. Bl. S. 4201. Sp. 1.) findet mit der einzigen von der Deputation vorgeschlagenen Abänderung des „16. Lebensjahres“ in: „das 19. Lebensjahr“ einstimmige Annahme, die §. 11. fällt, da das Wesentliche aus derselben bereits in der §. 9. aufgenommen worden ist, ganz aus, und wird sodann den §§. 12., 13., 14., 15., 16., 17. und 18. (s. Nr. 253. d. Bl. S. 4201. Sp. 1. flg.) ohne Abänderung einstimmige Annahme zu Theil, da man dem von der II. Kammer beschlossenen Wegfalle der §. 17. beizutreten Bedenken trägt.

Zu §. 19. hat die II. Kammer nicht nur zwei Zusätze (s. Nr. 253. d. Bl. S. 4205. Sp. 1. flg.), sondern auch eine wegen Wiederanstellung der in Wartegeld gesetzten Offiziere und Militärärzte in die Schrift niederzulegende Bedingung der Annahme des Gesetzes beschlossen, und diesem Allen tritt man einstimmig bei, nimmt auch ebenso die §. 19. an.

Bei §. 20. hat die II. Kammer eine Einschaltung und einen Zusatz beigefügt (s. Nr. 253. d. Bl. S. 4205. Sp. 2. flg.). Beide finden, dem Rathe der Deputation gemäß, einhellige Annahme. Es bemerkt ferner Secretair Harß, wie es Zeile 2. der §. 20. statt „vor Ablauf der ersten drei Jahre“ vielmehr „vor Ablauf der ersten zwei Jahre“ heißen müsse, da eine Anstellung im Civildienste nur während der ersten zwei Jahre widerruflich sei, auch ein hierunter bei §. 33. des Staatsdienergesetzes eingeschlichener Redaktionsfehler, der wieder in die §. 20. des vorliegenden Gesetzes übergegangen sei, durch die Verordnung vom 5. September 1835 bereits seine Berichtigung gefunden habe. Sowohl Staatsminister v. Zeßschwitz als die Mitglieder der Deputation erkennen diese Bemerkung für richtig an, man ist allgemein

einverstanden, daß in der angegebenen Stelle „zwei Jahre“ zu setzen sein wird, und erlangt §. 20. unter den beliebten Abänderungen einhellige Annahme.

Die §. 21. (s. Nr. 253. d. Bl. S. 4206. Sp. 1.) wird unverändert und einstimmig angenommen.

Zur §. 22. heißt es im Berichte:

Aus den im jenseitigen Deputations-Berichte (s. Nr. 253. d. Bl. S. 4206. Sp. 1. flg.) entwickelten Gründen, auf welche der Kürze halber Bezug genommen wird, hat die II. Kammer folgende Fassung angenommen: „Aller Ansprüche auf Pension so wie des Titels und Ranges verlustig ist der Offizier und Militärarzt: a) wenn nach dem Militärstrafgesetzbuche gegen denselben wegen begangener Verbrechen und Vergehen auf förmliche Kassation oder Entlassung ohne Abschied erkannt worden ist; b) wenn ihm wegen solcher Verbrechen, welche Kassation oder Entlassung nach sich ziehen, der Reinigungsseid zuerkannt oder derselbe nur im Mangel mehreren Verdachts freigesprochen und in dessen Folge die Entlassung des Infulpaten angeordnet wird; c) wenn die Begehung gemeiner Verbrechen und Vergehen nach den bestehenden Dienstvorschriften die Entlassung zur Folge hat; d) wenn die Entlassung wegen einer der Ehre des Offiziers oder Militärarztes zuwiderlaufenden Handlung nach dem Dienstreglement durch ein Erkenntniß des Ehrengerichts ausgesprochen und vom König angeordnet wird; e) wegen fortgesetzter Vernachlässigung der Dienstpflichten oder wegen wiederholter Begehung eines der §. 26. des Civilstaatsdienergesetzes namhaft gemachten Fehlers, wenn in beiden Fällen die dem Vorgesetzten nach dem Dienstreglement zu Gebote stehenden Besserungsmittel ohne Erfolg geblieben, und hierauf vom Könige die Entlassung angeordnet worden ist.“ — Danach §. 45. des Entwurfs des neuen Militärstrafgesetzes auf Entlassung ohne Abschied nicht erkannt werden, sondern dieselbe, in sofern sie nicht als Folge der Strafe von selbst eintritt, nur durch den König verfügt werden kann, so empfiehlt die Deputation die Annahme dieser Fassung mit der Abänderung, daß im Satz sub a. statt der Worte: „oder Entlassung ohne Abschied erkannt worden ist“ eventuell gesetzt werde: „erkannt oder Entlassung ohne Abschied vom Könige verfügt worden ist.“

Prinz Johann: Als Referent des Berichts über das Militärstrafgesetzbuch erlaube ich mir vorzuschlagen, diese Paragraphe folgendermaßen zu fassen: „Aller Ansprüche auf Pension verlustig ist ein Offizier und Militärarzt, wenn gegen denselben nach den Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs auf förmliche Kassation erkannt oder Entlassung ohne Abschied verfügt worden ist;“ und zwar aus dem Grunde, weil die Bestimmungen, wie sie hier stehen, nach dem Vorschlage der Deputation in jenes Gesetz mit aufgenommen worden sind, außer denen aber noch ein anderer Fall dort mit erwähnt wird. Ich glaube, daß durch diese kürzere Fassung auch zugleich der Uebelstand beseitigt würde, daß in fast gleichzeitig erscheinenden Gesetzen eine und dieselbe Bestimmung stattfindet.

Referent Vicepräsident D. Deutrich: Ich glaube, die Deputation hat sich damit einzuverstehen; sie hat deshalb den Beschluß der II. Kammer empfohlen, weil das Militärstrafgesetz noch nicht beraten war. Da nun aber das Gesetz inzwischen in der Deputation beraten worden ist, so würde Alles getroffen werden, was die Deputation beabsichtigte, wenn